

## Deutschland.

Berlin, 16. Mai. (Amtliches.) Se. Majestät der König hat den nachbenannten Personen Orden und Ehrenzeichen verliehen und zwar: Den roten Adler-Orden vierter Klasse: dem Major und kaisermäßigen Stabsadjutant Gregorobius im Litthauischen Dragoner-Regiment Nr. 1 (Prinz Albrecht von Preußen), dem Premier-Lieutenant a. D. Schmid zu Mägdeburg in Ostpreußen. Den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse: dem Major a. D. Behrenz zu Lissa, dem Rittmeister a. D. Schröder zu Königsberg i. Pr. Den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse: dem Wachtmeister a. D. und Bahnhofs-Inspector Schönwald zu Br.-Eslau. Das Ritterkreuz des königlichen Hausordens von Hohenzollern: dem Major a. D. Schiemann zu Weissenfels a. S., dem Rittmeister a. D. Werner zu Gansseisen in Preußen, sowie das allgemeine Ehrenzeichen: dem Wachtmeister Vland und dem Stabs-Trompeter Köppler, beide im Litthauischen Dragoner-Regiment Nr. 1 (Prinz Albrecht von Preußen).

Se. Majestät der König hat den Militär-Intendantur-Rath Rente vom 10. Armeekorps zum Militär-Intendanten ernannt.  
Der Rechtsanwalt und Notar Prengel in Johannisburg ist als Rechtsanwalt an das Kreisgericht zu Jüterburg, unter Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, berufen worden. — Der Rechtsanwalt und Notar Janisch zu Jnowraclaw ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Bromberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, berufen und der Rechtsanwalt und Notar Fröhner in Meseritz zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgericht in Bromberg und zugleich zum Notar im Departement desselben, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Bromberg, ernannt worden.

Berlin, 15. Mai. [Se. Majestät der König] wohnten heute am Bußtage dem Gottesdienst im Dom bei und empfingen nach demselben den Lieutenant von Goeß vom 4. Brandenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 24, welcher die Ehre hatte, Allerhöchstdemselben die Orden seines verstorbenen Vaters, des Oberst von Goeß, zurückzugeben, und hierauf den bei Königgrätz schwer verwundeten Hauptmann Böttcher, aggregirt dem 1. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 31.

— 16. Mai. [Se. Majestät der König] begaben Allerhöchstdemselben mit dem Zuge um 8 Uhr nach Potsdam und nahmen unterwegs den Vortrag des General-Adjutanten von Trebnow entgegen. Nach der Ankunft in Potsdam besichtigte Se. Majestät im Lustgarten vor dem Stadtschloß das Garde-Jäger-Bataillon und die Unteroffizierschule und demnach auf dem Bornstädter Felde das 1. Garde-Regiment zu Fuß.  
Später fuhr Se. Majestät nach Babelsberg und kehrten Nachmittags nach Berlin zurück.

[Reise-Dispositionen.] Wie die „B. V. Z.“ hört, sind folgende Reise-Dispositionen getroffen worden: Der Kronprinz reist am 20. d. M. nach Paris, der König am 1. Juni, Fröh 7 1/2 Uhr. Der Kaiser von Rußland wird am 29. d. M. hier eintreffen, am 30. ist große Parade, am 31. reist der Kaiser zunächst mit der Kaiserin nach Kissingen. In Paris wird der Kaiser von Rußland das Elisee, der König von Preußen die Tuilerien bewohnen. Der Prinz Carl wird im Grand Hotel wohnen.

[Der Handelsminister Graf Frenckel] begibt sich, wie die „Kreuztg.“ hört, am 22. d. M. nach Paris zum Besuch der Ausstellung.

[Die Luxemburger Angelegenheit.] Der telegr. gemeldete Artikel der „Prov.-Corr.“ lautet wörtlich wie folgt:

Folgendes sind die Hauptbestimmungen der neuen Vereinbarung über Luxemburg:

Luxemburg bleibt im Besitz des gegenwärtigen Herrscherhauses;

es wird zu einem neutralen Staate erklärt (d. h. zu einem Gebiete, welches bei allen kriegerischen Vorgängen den kriegführenden Mächten verschlossen bleiben soll); — alle Mächte nehmen die Neutralität Luxemburgs unter ihre gemeinsame Gewähr;

die Stadt Luxemburg hört auf, Festung zu sein, — der Großherzog wird fortan dort nur so viele Truppen halten, als zur Aufrechterhaltung der Ruhe erforderlich sind;

der König von Preußen hat in Folge davon erklärt, daß die preussischen Truppen Befehl erhalten werden, die Festung zu räumen, sobald die Festigung des Vertrages erfolgt ist; gleichzeitig soll mit dem Abzuge der Artillerie und der Vorräthe begonnen werden;

der Großherzog übernimmt die Verpflichtung, die Festungswerke zu schließen und Luxemburg zu einer offenen Stadt zu machen; die Ratifikationen (Bestätigungen-Urkunden) des Vertrages werden innerhalb höchstens vier Wochen ausgetauscht werden.

Dieser Vertrag entspricht vollkommen den Gesichtspunkten, welche Preußen bei der anderweitigen Regelung der Angelegenheit von vornherein als maßgebend erachtet hat.

Indem das Verbleiben Luxemburgs bei dem oranischen Hause gesichert, eine Abtretung des Großherzogthums dagegen aufgegeben ist, schwindet der Grund zur Beforgnis, welche die öffentliche Stimmung in Deutschland vorzugsweise erregt hatte.

Durch diese Bestimmung des Vertrages ist der Zwischenfall, welcher die unbefangene Erlebigung der luxemburgischen Angelegenheit gestört und getrübt hatte, die beabsichtigte Abtretung Luxemburgs an Frankreich, abgethan.

Weiter aber hat Preußen für die Verzichtleistung auf das Besatzungsrecht in Luxemburg vollständig genügenden Ersatz erhalten durch die Gewährleistung der Neutralität des Großherzogthums: das Interesse der Vertheidigung, welchem die Festung Luxemburg bisher gewidmet war, ist in gleichem Maße gesichert, nachdem unter der Gewähr aller Mächte festgestellt ist, daß ein Angriff auf die preussische Grenze in der ganzen Ausdehnung des luxemburgischen Gebiets nicht stattfinden kann. Unter solcher Voraussetzung und Bedingung konnte Preußen auf die Festung Luxemburg als besonderen Vertheidigungspunkt verzichten.

Während somit dem militärischen Interesse Preußens unter den obwaltenden Umständen volle Berücksichtigung zu Theil geworden ist, ist andererseits das Band, welches die Bevölkerung Luxemburgs an deutsches Leben und deutsche Entwicklung knüpfte, die Theilnahme am deutschen Zollverein aufrecht erhalten.

Preußen hat durch den neuen Vertrag in jeder Beziehung erreicht, was es zur Sicherung des eigenen und des deutschen Interesses zu erstreben versuchte und berechtigt war.

Um so mehr wird das preussische und das deutsche Volk es zu würdigen wissen, daß die Gefahren, welche aus der luxemburgischen Angelegenheit zu entstehen drohten, auf dem Wege friedlicher Verständigung beseitigt worden sind.

Das Verhalten Frankreichs auf den Londoner Conferenzen ist ein neuer Beweis der Mäßigkeit und der Friedensliebe, welche der kaiserlichen Regierung mehr und mehr die Leitung und das Vertrauen Europas gesichert haben. Wenn die kriegerischen Haltungen Frankreichs eine Zeit lang mit der friedlichen und entgegenkommenden Haltung in den Verhandlungen nicht im Einklange zu stehen schienen, so haben die neueren Entschlüsse der kaiserlichen Regierung auch in jener Beziehung die Friedenszuversicht erhöht.

Die Umstände, unter denen das freundliche Einvernehmen zwischen Frankreich und Preußen neu gesichert worden ist, enthalten eine Bürgschaft für den beiderseitigen ersten Willen einer aufrichtigen Friedenspolitik.

Diese Politik wird eine neue Bestätigung und Weihe erhalten durch die Besuche, welche unser König und die mächtigen Fürsten Europas bei Gelegenheit der Pariser Weltausstellung dem Hofe des Kaisers Napoleon zu machen im Begriffe stehen.

[Dementi.] Die „Prov.-Corr.“ schreibt: In den Zeitungen finden sich bereits bestimmte Angaben über den Zeitpunkt der Wahlen für den künftigen Reichstag, über den Zeitpunkt der Berufung desselben, sowie

in Bezug auf den nächsten preussischen Landtag. Alle diese Angaben beruhen auf bloßer Vermuthung und Erfindung, da innerhalb der Regierung noch keinerlei Beschlüsse darüber stattgefunden haben.

[Mecklenburg und der Zollverein.] Dem Vernehmen nach wird zur Vorbereitung des Anschlusses an den Zollverein in Mecklenburg beabsichtigt, nach dem Vorgange in Schleswig und Holstein, zunächst an der äußeren Grenze den neuen Zolltarif einzuführen, ohne gleichzeitig die Zollgrenze gegen die verbündeten deutschen Staaten zu öffnen. Erst wenn ein längerer Zeitraum verstrichen ist, geräthum genug, um den inzwischen erfolgten Consum der vorhandenen Vorräthe an fremden, nach dem Tarife der Steuer unterliegenden Waaren erwarten zu lassen, würde sich die innere Grenze öffnen und der Verkehr dann seinen freien Lauf nehmen. Auf diesem Wege würde man auch hier der lästigen Nothwendigkeit überhoben werden, eine Inventur der vorhandenen Waarenlager zum Zwecke der Nachsteuer aufzunehmen.

[Das Abkommen mit dem Herzog von Nassau] soll festgestellt sein und zwar in einer für den Herzog günstigen Weise. Derselbe wird also Domänen u. bekommen. In der Bevölkerung, aus deren Mitte dahin petitionirt wurde, man solle den Herzog mit baar. m. Geld abfinden, würde ein solches Abkommen nicht sehr wohlgefallig aufgenommen werden. Die Anhänger des Herzogs lassen jetzt eine Adresse an den König gegen jene Petitionen unterschreiben; sie berufen sich dabei auf das „unbefangene Rechtsgefühl“ und die „Pietät gegen das Fürstenhaus“. — Das Rechtsgefühl und die Pietät, die hier so hübsch aneinandergerathen sind, waren früher gar oft im Widerspruch.

[Der bei Langenliala ver wundete Schriftsteller Dr. G. Hirth] hat die Stellung eines Secretärs bei der Victoria-Invalidenstiftung erhalten. Seine Krankheitsgeschichte, in der „Gartenlaube“ früher abgedruckt, ist jetzt bedeutend vermehrt (unter dem Titel „Bekenntnisse eines Schwerverwundeten“) als Buchlein erschienen und wird zum Besten obiger Stiftung verkauft.

[Der Berliner Arbeiterverein] beschloß am Montag Abend, eine Adresse an den Abgeordneten Waldeck zu richten und durch eine Deputation übergeben zu lassen, welche wörtlich lautet: Hochgeehrter Herr! Die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses über die Verfassung des norddeutschen Bundes in den Tagen vom 6., 7. und 8. Mai d. J. haben den Mitgliedern des Berliner Arbeitervereins wiederholte Gelegenheiten geboten, die Männer des Volkes, die wahren Kämpfer für verfassungsmäßiges Recht und Freiheit kennen und würdigen zu lernen; Männer, welche unermüdet um äußere und vorübergehende Machtverhältnisse streben und unerschütterlich für die Aufrechterhaltung constitutioneller Volksrechte jahrelang unermüdlich thätig waren. Wir können nicht umhin, zunächst Ihnen, hochgeehrter Herr! unseren warmsten Dank und vollste Zustimmung für Ihre aufopfernde Thätigkeit in dieser Beziehung auszusprechen und ersuchen Sie ganz ergebenst, allen den Volksvertretern, welche mit Ihnen vereint in gleichem Sinne gewirkt, mit Ihnen gegen die Annahme der Verfassung des norddeutschen Bundes gesprochen und gestimmt haben, unsere höchste Achtung und das festeste Vertrauen baldigst auszusprechen zu wollen.

— Berlin, 16. Mai. [Der Luxemburger Vertrag. — Die Reise des Königs.] Der auf der Conferenz in London stipulirte Vertrag wird bekanntlich im Wortlaut erst nach erfolgter Ratification, also in etwa drei Wochen, bekannt werden. Es beruht dies auf der gegenseitig übernommenen Verpflichtung der contrahirenden Mächte. Die Conferenzverhandlungen sind in ihrem ganzen Umfange stenographisch aufgenommen worden, so daß unter Zurückgreifen auf die Materie der Verhandlungen etwaigen späteren Interpretationen vorgebeugt sein dürfte. — Der Vertreter Luxemburgs auf der Conferenz, Baron v. Tornaco, beabsichtigte, die Aufnahme einer Bestimmung über das Zollvereinsverhältnis in den Vertrag herbeizuführen, allein es stellte sich nach dem Gange der Debatten die vollste Selbstbestimmung des Landes über seine Handelsangelegenheiten als zweifellos heraus. Einmalen wird Rußland die diplomatische Vertretung Luxemburgs an den Höfen mit Ausnahme derjenigen von Berlin und Paris übernehmen, an welchen sich bereits luxemburgische Geschäftsträger befinden und, wie bereits gemeldet, wohl ständig verbleiben werden. — Wie zu erwarten stand, hat sich die heutige „Provinzial-Correspondenz“ als das erste der halbamtlichen Organe über die Londoner Conferenz geäußert. Um die Zeit der Ratification des Vertrages, für welche in London und Paris bekanntlich die Vorlegung der auf die Angelegenheit bezüglichen Actenstücke zugesagt ist, sind übrigens die preussischen Kammern noch in Thätigkeit, da die Session erst nach der zweiten Lesung des Verfassungs-Entwurfes im Herrenhause, also frühestens am 22. Juni schließen kann. — Man erwartet hier in Kurzem eine amtliche Mittheilung über die Organisation der neu erworbenen Provinzen. — Die Reise des Königs nach Paris erfolgt, wie auch officiell gemeldet wird, auf eine bereits früher ergangene Einladung des Kaisers Napoleon; es verlautet, daß derselbe in neuester Zeit sich noch an den Kaiser von Rußland gewendet hat, um auch seinerseits Se. Majestät zur Annahme der Einladung zu bewegen.

Hörde, 10. Mai. [Durch Entzündung schlagender Wetter] verunglückten gestern auf der Zeche „Schleswig-Holstein“ bei Aßeln 14 Bergleute, wovon drei auf der Stelle todt blieben; zwei starben einige Stunden später und einer gab diese Nacht im hiesigen Krankenhause der Hermannshütte seinen Geist auf.

Rageburg, 14. Mai. [Vom Landtage.] In der gestern hier selbst stattgefundenen außerordentlichen Versammlung der Mitglieder der Ritter- und Landchaft des Herzogthums Lauenburg wurde (wie schon telegraphisch gemeldet) mit 11 gegen 5 Stimmen beschlossen, zu der von der Regierung vorgelegten Verfassung des norddeutschen Bundes, wie solche von dem Reichstage in der Schlussberatung angenommen ist, die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen. Dieser Beschluß wurde gefaßt, nachdem die Vorfrage, ob die Vorlage als eine solche anzusehen sei, hinsichtlich deren nach der Geschäfts-Ordnung die für Verfassungs-Abänderungen vorgeschriebene zweimalige Beratung und Abstimmung vorgenommen werden soll, mit 10 gegen 6 Stimmen verneinend entschieden war; derselbe ist somit als ein endgiltiger anzusehen. — Am Schlusse wurde von dem Abg. v. Hollen eine Erörterung angeregt in Betreff der in letzter Zeit in einem Theile des Landes zu Tage getretenen Bestrebungen, auf eine Einverleibung des Herzogthums in Preußen hinzuwirken, welche als „landesverrätherisch“ anzusehen seien und von der Regierung nicht gebuldet werden dürften, da diese verpflichtet sei, die verfassungsmäßige Stellung des Landes gegen derartige Angriffe zu schützen. Von dem Abgeordneten Thölke wurde erwidert, daß die gedachten Kundgebungen in Uebereinstimmung mit dem Wunsche Sr. Majestät des Königs ständen, von dem Minister für Lauenburg, Grafen v. Bismarck, angeregt seien, es somit lächerlich und anmaßend erscheinen müsse, wenn dieselben als landesverrätherisch bezeichnet würden, daß übrigens eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Petition wegen Einverleibung des Landes in nächster Zeit an Se. Maj. den König abgehen werde, von der die Petenten sich Erfolg

versprechen dürften. — Diese von beiden Abgeordneten lebhaft gepflogene Unterhaltung führte zu keinem weiteren Resultat. (Lauenb. Z.)

Δ Hamburg, 15. Mai. [Erkenntnis in Sachen des Verlags der „Hamb. Nachr.“. — Das Freiligrath-Comite. — Aus den Herzogthümern.] Das Hamburger Niedergericht hat heute in Sachen des vielbesprochenen Processes der beiden Verleger der „Hamb. Nachr.“, die Herren Dr. jur. Emil Hartmeyer und Newman, ein Erkenntnis erlassen. Nach demselben wird Hr. Newman zum Rücktritt von der Redaction des mercantilischen Theiles der „Hamb. Nachr.“ und zur Stellung eines Ergasmannes für seine bisherige Thätigkeit verurtheilt. Hr. Hartmeyer bleibt dagegen in unveränderter Weise Chef des Verlagsgeschäfts und Hauptredacteur für den politischen Theil der „Hamb. Nachr.“. Hr. Newman hat indeß schon, früherem Vernehmen nach, gegen das Erkenntnis des Niedergerichts an das Obergericht appellirt. — Die Einsammlung zu Gunsten Ferdinand Freiligraths nimmt hier in Hamburg einen erwünschten Fortgang. Das Hamburger „Freiligrath-Comite“ hat bereits nicht weniger als 2000 Thaler in Empfang genommen. — Aus den Ostseestädten der Herzogthümer wird über außerordentlich hohen Wasserstand geschrieben. Am gestrigen Tage ist außerdem bei gelindem Froste an mehreren Orten Schnee gefallen. — Die Eröffnung der Altona-Blankenefer Eisenbahn ist definitiv auf den 20. d. Mts. anberaumt. — Der frühere Redacteur des erloschenen Altonaer „Beobachters an der Elbe“, Hr. Otto de Grahl, ist von Altona nach Gumbinnen übergesiedelt, um die Redaction der „Preussisch-Litthauischen Zeitung“ zu übernehmen.

Hannover, 15. Mai. [Arrangement.] Der „R. Z.“ wird geschrieben: „Es soll Aussicht zu einem Arrangement mit dem Könige Georg vorhanden sein, dessen finanzielle Forderungen noch ziemlich hoch gegriffen scheinen.“ Wie der „Hann. C.“ hört, liegt die Sache anders, es handelt sich nicht sowohl um die Höhe der Forderung, als um die Dotation in Grundbesitz, die König Georg verlangt.

Darmstadt, 14. Mai. [In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer] erfolgte die Fortsetzung der Beratung über den Hauptvoranschlag der Staatsausgaben: Der Posten „Kosten der Gesandtschaften“ veranlaßt eine längere Debatte. Dernburg spricht die Hoffnung aus, daß die Mainlinie bald nur noch ein Stück Papier sein und an die Stelle der jetzt schon überflüssigen bessischen Gesandtschaft die gemeinsame Vertretung durch die Diplomaten des norddeutschen Bundes treten werde, und veranlaßt dadurch den Ministerpräsidenten, sich über das künftige Verhältnis des Großherzogthums zu Preußen und dem norddeutschen Bunde auszusprechen: Die Regierung habe von dem Momente des Friedensschlusses an die Wiedervereinigung mit Norddeutschland erstrebt, sie glaube aber, daß dem Bedürfnis nach dieser Wiedervereinigung vorerst durch Abschluß der Militär-Convention und des Schutz- und Truttsvertrages mit Preußen genügt sei. Zu Gunsten der Erhaltung der Gesandtschaften zu Wien und Paris führt v. Dalwigk an, erstere sei zur Erhaltung der Beziehungen zu den deutschen Elementen Oesterreichs nöthig, während letztere nicht den Zweck habe, die Werte der großen Politik zu fördern, sondern vielmehr der großen Anzahl armer Hefen, welche sich in Frankreich, zumal in Paris, ausbreiten, hilfreich zur Seite zu stehen. Eine Aufhebung der Pariser Gesandtschaft würde bei der damaligen Stellung Deutschlands zu Frankreich nicht als einfache Finanzmaßregel aufgeführt werden. Seig glaubt, daß die Antwort, welche Preußen auf eine Anfrage wegen Eintritts des Großherzogthums in den norddeutschen Bund jetzt ertheilen würde, in einem verbindlichen Korb bestehen werde. Meh: Die kleinasiatischen Gesandtschaften veranlassen die deutsche Herrschenheit und wirken dadurch in hohem Grade schädlich. Man solle die für die Gesandtschaft zu Paris borgegebene Summe unter geeigneter Aufsicht eines Geschäftsmannes direct zum Besten der dortigen armen Hefen verwenden; die auf den Eintritt des Großherzogthums in den norddeutschen Bund bezügliche, seitens des Ministerpräsidenten abgegebene Erklärung habe ihn in hohem Grade frappirt, da sie in directem Widerspruch mit den im Reichstage von dem bessischen Gesandten Hofmann abgegebenen Erklärungen stünde. Was die deutschen Brüder in Oesterreich betreffe, so habe er selbst, auf die Gefahr hin, sich dadurch manche Schmerzen zu bereiten, seinen politischen Freunden gegenüber stets für deren Zugehörigkeit zu Deutschland gelämpft; allein er wisse Deutsch-Oesterreich von dem Gesammtstaate sehr wohl zu unterscheiden. v. Gagen und Hallwachs sprechen etwa in dem gleichen Sinne: bis zur Zeit, wo an die Stelle des jetzigen staatlichen Provisoriums ein definitives getreten ist, die Gesandtschaften in Paris und Wien noch zu erhalten. An der Debatte theilnehmen sich noch außer den Genannten: Bamberger, Bolhard, Werner und Dumont. Es werden schließlich verwilligt für die Gesandtschaft zu Berlin 12,000 Th., für nichtständige Gesandtschaften an den übrigen Höfen die hierfür nöthigen Auslagen, Dotation, Besoldungen eine Summe von 20,000 Th.; letztere vorbehaltlich des Nachweises der Verwendung; die etwa decretmäßig berechtigten Gesandten, vorbehaltlich deren Verwendung im geeigneten Falle, mit ihren Ansprüchen auf den Pensionsfond zu verweilen. Weiter werden die für Consulatskosten borgegebenen 2000 Th. verwilligt und an die Regierung das Ertrahen gericht, eine gleichzeitige Vertretung der nicht zum norddeutschen Bunde gebhörigen Theile des Großherzogthums durch die Bundes-Consulate, sobald dieselben organisiert sein werden, anzubahnen. Unter den weiteren Verhandlungen bietet nur die gelegentliche der Beratung über die für die Ober-Postinspektion angeforderten Summen von dem Regierungs-Commissar abgegebene Erklärung ein allgemeines Interesse, daß Preußen nur in die von dem Fürsten Lapis innegehabten Rechte eingetreten sei, daß also das Hoheitsrecht der bessischen Regierung verbleiben werde und die Aufhebung der genannten Behörde daher nicht mit Sicherheit erwartet werden dürfe. (Fr. Z.)

Aus Baden, 12. Mai. [Eine aus der Mitte beider Kammern hervorgegangene öffentliche Erklärung], welche, unter Vorlegung der Gründe die der gegenwärtigen Lage entnommen sind, den unverzüglichen Eintritt der süddeutschen Staaten, und insbesondere des Großherzogthums, in den norddeutschen Bund befürwortet, ist bereits von der großen Mehrheit der Mitglieder unterzeichnet. Die Ueberreichung an die großherzogliche Staatsregierung wird schon in den nächsten Tagen stattfinden, damit diese „auch fernerhin ihre ganze Thätigkeit zur Erreichung dieses nationalen Zieles anstrengen möge“. Dieser Schritt der badischen Abgeordneten, der die bekannte bairische Adresse an den Fürsten Hohenlohe zum Vorgang hat, ist keineswegs aus irgend einem Mißtrauen erfolgt; er will vielmehr die bairische Regierung in ihren bekannten Intentionen unterstützen und zu einem entschlossenen Handeln ermuntern. Die Erklärung ist aber auch in Uebereinstimmung mit der dermaligen Stimmung des Landes erfolgt und hat darum die Billigung aller intelligenten Klassen der Bevölkerung. Die Gegner aus gewissen Kreisen haben durch die neuesten Ereignisse und ihre theilweise Haltung zu diesen vollends jeden bestimmenden Einfluß verloren, indem die einen über ihre Südbundsträumerieen nicht hinauskommen, die anderen aber durch ihre schlecht verborgene Selbstsucht, daß bald ein „auswärtiger Mächtiger das verrottete bairische System zum Biegen oder Brechen bringen werde“, allen Credit eingebüßt haben. (A. A. Z.)

Luxemburg, 14. Mai. [Die Arbeiten], welche in der Festung in Ausführung begriffen waren und bisher mit Eifer betrieben wurden, sind heute Vormittag eingestellt und die Arbeiter entlassen worden.



Frankreich.

\* Paris, 14. Mai. [Der Senat] erhielt gestern, wahrscheinlich in Folge der kürzlich erhobenen Beschwerde des Baron Dupin, von dem gesetzgebenden Körper Kenntnis von der Regierungserklärung. Im übrigen Theile seiner Sitzung beschäftigte er sich mit der Prüfung von Petitionen. Eine derselben verlangte Abhilfe gegen die in Marseille immer öfter und bedrohlicher um sich greifende Prostitution; aus dem Berichte des Grafen Rouvier und den zur Abhilfe vorgeschlagenen Mitteln ergibt sich, daß dieser sociale Krebskeim dort bereits in sehr bedenklicher Weise um sich gegriffen haben muß.

[Personalien.] Heute um 2 1/2 Uhr hin der König und die Königin der Belgier auf dem Nordbahnhofe abgestiegen, wo der Kaiser selbst sie erwartete. Eine große Menge Neugieriger hatte sich vor dem Bahnhofe eingefunden und hatte die Genugthuung, in einem Salawagen die Königin und den Kaiser auf dem Vorder- und den König auf dem Rücksitze Platz nehmen zu sehen. — Marschall Mac Mahon ist heute Morgen von Algier in Marseille angelangt. — Das italienische Parlamentsmitglied Minghetti (er war früherer Ministerpräsident) ist gestern in Paris eingetroffen. Seine Reise hat mit der Politik aber nichts gemein; er kommt wegen der Ausstellung, da er Mitglied der internationalen Jury ist.

[Zu den Rüstungen.] Die Regierung hat 100,000 Gewehre einer ganz neuen Erfindung bestellt, welche sich durch ihre besondere Billigkeit auszeichnen. Die bisher gemachten Kriegsvorbereitungen Frankreichs haben die Summe von 100 Millionen verschlungen.

[Garibaldi.] Nach Berichten aus Italien beabsichtigt man, daß Garibaldi binnen Kurzem seinen beabsichtigten Zug nach Rom ausführt. Die italienische Regierung hat große Vorsichtsmaßregeln getroffen.

[Aus Kreta.] Briefen aus Athen vom 9. zufolge hätten die Mächte beantragt, daß auf Kreta ein Waffenstillstand abgeschlossen werde, um zu unterhandeln. Man versichert, England hätte in offizieller Weise, aber ohne eine förmliche Note vorzulegen, angerathen, den Vorschlägen der andern Großmächte Folge zu leisten.

Belgien.

Brüssel, 14. Mai. [Berwerfung.] Die General-Versammlung des internationalen Congresses für sociale Wissenschaften hat am 12. d. mit 27 Stimmen gegen 25 und drei Stimmenenthaltungen den Vorschlag mehrerer Mitglieder des Verwaltungsrathes verworfen, die diesjährige Session in Paris abzuhalten. In Folge dieses Votums legten der Präsident, Veroot, und der Generalsecretär, Souvreur, ihre Aemter nieder.

Großbritannien.

E. C. London, 14. Mai. [In der gestrigen Sitzung des Oberhauses] erhob sich Lord Derby, um folgende Erklärung abzugeben: Da ich weiß, welches lebhaft Interesse Ihren Vorfahren die Erhaltung des europäischen Friedens einflößt, freut es mich sehr, diesem Hause anzeigen zu können, daß die Verhandlungen der Konferenz über die Luxemburger Angelegenheit am vorigen Sonnabend zu einem befriedigenden Abschluß gebracht worden sind. (Heers.) Die auf den Gegenstand bezüglichen Schriftstücke werden Ihren Vorfahren in wenigen Tagen vorgelegt werden; aber, wie ich jetzt schon sagen darf, ist in Anbetracht der veränderten Stellung, welche das Großherzogthum Luxemburg seit seiner Trennung vom deutschen Bunde einnimmt, festgelegt worden, daß jenes Gebiet für alle künftige Zeit neutralisiert sein und nach wie vor einen Bestandteil der Besitzungen des Königs von Holland bilden soll; daß alle Mächte übereinkommen sollen, diese Neutralität anzuerkennen; daß das Großherzogthum unter die Collectivgarantie aller Mächte gestellt, daß die preussische Befestigung mit ihrer ganzen Artillerie und allen ihren Kriegsvorräthen zurückgezogen, daß die Festung zur Befriedigung des Königs von Holland geschlossen — also die Stadt ihres Charakters als fester Platz entkleidet — und daß keine Wiederherstellung der Festungswerke vorgenommen werden soll. Man ist dann auch ferner dahin übereingekommen, daß das bisherige Verhältnis zwischen Luxemburg und Limburg aufrechterhalten und daß letzteres fortan einen untrennbaren Bestandteil des Königreichs Holland bilden soll. Ich bin gewiß, Ihre Vorfahren werden mit Vergnügen annehmen, daß über diesen Gegenstand eine Anordnung getroffen worden, die darauf berechnet ist, den Frieden Europas zu erhalten. (Heers.) — Lord Stanley of Alderley wünscht zu wissen, in welcher Beziehung die gegenwärtige Garantie sich von der früheren unterscheidet. — Der Earl of Derby: Die frühere Garantie, die unter der Collectivgarantie aller Mächte Europas stand, erklärte, daß Luxemburg ein Bestandteil der Besitzungen des Königs von Holland bleiben sollte, während die gegenwärtige, ebenfalls unter der Garantie der Collectivmächte stehende Garantie erklärt, daß jenes Gebiet neutralisiert werden soll. — Lord Stanley of Alderley sagt, die Garantie habe die Bedeutung, daß England sich aufgeföhrt haben könnte, den neuen Luxemburger Vertrag durch Waffengewalt zur Geltung zu bringen, falls eine dritte Macht die Neutralität jenes Gebietes verlegen sollte. — Der Earl of Derby: Die Garantie ist nicht eine gemeinsame und Separatgarantie, sondern ist eine Collectivgarantie und legt England keine besondere und Separatpflicht auf, ihren Bestimmungen die Geltung zu erzwängen. Es ist eine Collectivgarantie aller Mächte Europas. (Hört.) — Auf eine weitere Frage Lord Stanley of Alderleys erwidert der Premier, daß es besser sei, alle Erörterungen über den Wortlaut des Vertrages aufzuschieben, bis derselbe auf den Tisch des Hauses gelegt sei. (Hört.)

[In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] sprach der Schatzkanzler Mr. Disraeli sein Bedauern darüber aus, daß Mr. Walpole seinen schon vor zwei Monaten angekündigten Entschluß ausgeführt und auf die Siegel des Ministeriums des Innern verzichtet habe; aber glücklicher Weise würden die Dienste des sehr ehrenwerthen Gentleman dem Lande nicht fehlen, da er seinen Platz unter den verantwortlichen Ministern der Krone behalten werde. Sobald Mr. Walpoles Nachfolger im Innern ernannt sei, werde das Haus erfahren, was die Regierung in Bezug auf die Igl. Karls- und Gärten-Bill für Absichten habe. — Hierauf stellte Mr. Disraeli den Antrag, daß ihm gestattet werde, die Bill zur Reform der Volksvertretung in Schottland einzubringen. Der schottische Wähler-Genus in Burg fieden werde dem englischen gleichen. Mit einem Hinweis auf die Abstimmung vom vorigen Donnerstag und auf die Deputation „abgenutzter Brand- und Aufruhr-Prädiger“, die neulich Mr. Gladstone ihre Aufmerksamkeit machte, sagt der Schatzkanzler, daß die Regierung in der Majorität von 66 Stimmen so viel wie eine dem Burgfieden-Genus erteilte allgemeine Sanction des Hauses erblicke. Unter diesen Umständen hoffe er, daß man keinen indirecten Versuch machen werde, das Votum vom Donnerstag zu entkräften. Die Session sei schon weit vorgedrückt und es dürfe keine Zeit mehr vergeudet werden, wenn die Reformbill durchgehen solle. Was nun die schottische Bill betreffe, so solle auch der Genus in Grasschaften dem englischen gleichen. Die Zahl der schottischen Parlaments-Mitglieder beabsichtige er von dreihundert auf sechzig zu erhöhen und die zu schaffenden neuen sieben Sitze folgendermaßen zu vertheilen: Die Universitäten von Edinburgh und St. Andrews erhalten zusammen einen Vertreter im Parlament, ebenso die Universitäten von Aberdeen und Glasgow. Die drei größten schottischen Grasschaften — Lanarkshire, Ayrshire und Aberdeenshire — werden getheilt, so daß jede einen Vertreter mehr erhält. Der auf dem nördlichen Ufer des Clyde gelegene Theil der Stadt Glasgow sendet zwei Mitglieder, der auf dem südlichen Ufer gelegene ein Mitglied ins Unterhaus. Außerdem wird eine neue Burgfieden-Gruppe geschaffen, die ebenfalls ein Mitglied im Parlamente haben soll. — Diese Eröffnung des Schatzkanzlers führte zu einer längeren Discussion. Auf die Bemerkung des Obersten French, daß er nicht einsehe, welches Recht Schottland auf eine Vermehrung seiner Vertreterzahl habe und daß er hoffen wolle, die Regierung werde nicht Irland einiger Mitglieder berauben, um Schottland bereichern zu können, erwidert der Schatzkanzler, daß seiner Meinung nach in der Zahl 66 — so viel Mitglieder zählt gegenwärtig das Unterhaus — durchaus kein taballistischer Talisman stecke. — Schließlich wurde der Antrag des Schatzkanzlers und somit die erste Lesung der schottischen Reformbill genehmigt.

Dänemark.

Kopenhagen, 16. Mai. Der neuernannte österreichische Gesandte, Graf Paar, überreichte dem Könige die Insignien des Stephansordens. „Berlingske Tidende“ bemerkt die Angabe der „Königlichen Zeitung“ in Betreff der Reise des russischen Thronfolgers unmittelbar nach Paris; der Großfürst-Thronfolger sei vielmehr zuvor in Kopenhagen angekommen.

Breslau, 17. Mai. [Zum 100-jährigen Schießwerder-Jubiläum.] Das Festcomité hat Se. Excellenz den Herrn Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck zu dem Jubelfest eingeladen. Der Herr Minister hat in einem Schreiben zugestimmt, daß, wenn es seine Geschäfte irgend erlauben, er sehr gern an diesem Jubelfeste theilnehmen werde.

Breslau, 17. Mai. [Angelommen.] Ihre Excellenz v. Molloskoff, nebst Tochter, aus Carlsruh. Se. Durchlaucht Fürst Czartorski aus Posen. Se. Durchlaucht Prinz Roman Czartorski, desgl. (Freimdl.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad. in Pariser Maaßen, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Lufttemperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 16. Mai 10 U. Ab.	330.23	+5.6	O. 1.	Regen.
17. Mai 6 U. Morg.	330.23	+4.8	N. 1.	Regen.
Breslau, 17. Mai. [Wasserstand.] O.-B. 16 R. 2 Z. U.-B. 2 R. 11 Z.				

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Wien, 17. Mai. Die „Wien. Z.“ meldet: Fürst Carl Auerberg ist zum Präsidenten, Graf Kuffstein zum Vicepräsidenten des Herrenhauses, Grafen zum Präsidenten, Grafen und Biernatowski zu Vicepräsidenten des Abgeordnetenhauses ernannt worden. (Wolffs T. B.)

Paris, 16. Mai. Der „Standard“ schreibt: Eine Commission, bestehend aus Repräsentanten der Mächte, welche den Londoner Vertrag unterzeichnet haben, wird auf Anlag des Königs von Holland berufen werden, um die Situation Luxemburgs in industrieller Beziehung von internationalen Gesichtspunkten aus zu prüfen. Es soll sich darum handeln, den Zollvereinungsvertrag durch Einzelverträge mit Frankreich, Preußen und Belgien zu ersetzen.

Der ehemalige Kriegsminister, Marschall Randon, hat gestern einem Feste in den Tuilerien beigewohnt.

Kopenhagen, 16. Mai. Die Verlobung des Königs von Griechenland mit der Großfürstin Olga Konstantinowna von Rußland ist officiell.

Stockholm, 16. Mai. Der König hat heute Mittag den Reichstag geschlossen. In der Thronrede heißt es, die neue Verfassung habe durch den jetzt beendigten Reichstag ihre erste Probe bestanden. Die Nation habe mit Spannung dem Zusammentritt des Reichstages entgegengesehen und sei mit Aufmerksamkeit diesen Arbeiten gefolgt. Wichtige Fragen seien zur Berathung gekommen, und obgleich viele derselben noch unerledigt geblieben, sei die darauf verwandte Arbeit doch keine fruchtlose gewesen. In Berücksichtigung der allgemeinen Finanzlage des Staates habe der Reichstag mehrere von der Regierung gemachte Vorschläge betreffs Fortsetzung der Eisenbahnbauten und anderer Staatswerke Beschränkungen unterworfen. Der König erkennt die Hindernisse an, welche die Flüssigmachung der Mittel für alle Bedürfnisse des Staates erschwert haben, und spricht seinen Dank aus, daß der Reichstag lieber durch Steuererhöhungen als durch neue große Anleihen das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates gesichert habe.

Belgrad, 15. Mai. Der Fürst von Montenegro wird demnächst hier zum Besuche erwartet.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Paris, 16. Mai, Nachm. 3 Uhr. Die Börse war matt. Die 3% Rente, welche zu 69, 25 eröffnete, schloß zur Notiz. Confolis des Mittags 1 Uhr waren 90% gemeldet. — Schlus-Course: 3% Rente 69, 30. Italienische 5% Rente 51, 65. 3% Spanier —. 1% Spanier —. Österreichische Staats-Eisenbahn-Aktien 422, 50. Credit-Mobil-Aktien 362, 50. Lombard-Eisenbahn-Aktien 391, 25. Defferr. Anleihe von 1865 pr. opt. —. 6% Ver. St.-Anl. von 1882 (ungeht.) 82 1/2.

Paris, 16. Mai. Bantenausweis. Vermehrt: Vorrath um 8%, Vorrath auf Werthpapiere um 1%, Guthaben des Staatsbancs um 9% Mill. Frs. Vermindert: Portefeuille um 9%, laufende Rechnungen der Privaten um 15% Mill. Frs. Der Notenumlauf ist unbedeutend geblieben.

London, 16. Mai, Nachm. 4 Uhr. Schlus-Course: Confolis 90 1/2, 1% Spanier 32 1/2, Ital. 5proc. Rente 51 1/2, Lombarden 15 1/2, Mexicaner 16 1/2, 5proc. Ruffen —. Neue Ruffen —. Ruff. Brämien-Anleihe von 1864 —. Ruff. Brämien-Anleihe von 1866 —. Silber 60 1/2. Zärtliche Anleihe 1865 31, 6proc. Verein. St.-Anl. pr. 1882 72 1/2. — Man erwartet bedeutende Baarrendungen aus Amerika und Australien. — Feuchtes Wetter.

London, 16. Mai, Abds. [Bank-Ausweis.] Notenumlauf 23,184,504 (Zunahme 37,694). Vorrath 19,245,277 (Zunahme 114,920). Notenreserve 9,908,150 (Zunahme 91,730) Pfd. St.

Wien, 16. Mai. [Abendbörse.] Creditactien 180, 40. Nordbahn 168, 00. 1860er Loose 87, 80. 1864er Loose 79, 35. Staatsbahn 211, 70. Galizier —. Steuerfreies Anleihen 61, 10. Napoleonsd'or —. Schlus fest.

Frankfurt a. M., 16. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Schlus-Course: Wiener Wechsel 93 1/2. Fimland-Anleihe —. Neue Fimland 4 1/2 % Staatsanleihe —. 6% Verein. Staaten-Anleihe 1882 77 1/2. Defferr. Banlanleihe 683. Defferr. Credit-Actien 172. Darmstädter Bank-Actien 202 1/2. Meiningen Credit-Actien —. Defferr. Franz. Staats-Eisenbahn-Actien —. Defferr. Elisabethbahn 110. Böhmische Westbahn —. Rhein-Nahe-Bahn —. Ludwigsb.-Hess. 149 1/2. Hessische Ludwigsbahn 127 1/2. Darmst. Zettelbank —. Defferr. 5% steuerfreie Anleihe 49 1/2. 1864er Loose 62 1/2. 1868er Loose 75 1/2. Badische Loose 54 1/2. Kurhessische Loose 56 1/2. 5% Österreich. Anleihe von 1859 62 1/2. Defferr. National-Anleihe 55 1/2. 5% Metalliques 47 1/2. 4 1/2 % Metall. 42. Bayerische Brämien-Anleihe 99 1/2. — Fest. Nach Schlus der Börse lau. Creditactien 170, 1860er Loose 70 1/2.

Frankfurt a. M., 16. Mai, Abends. [Effecten-Comptoir.] Träge Haltung. National-Anleihe 54 1/2, Credit-Actien 169 1/2, 1860er Loose 70, 1864er Loose —, steuerfreie Anleihe 49 1/2, österr. Anleihe von 1859 62, Amerikaner 77 1/2.

Hamburg, 16. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen loco schwächer, auf Termine späte Sichten wesentlich niedriger, pr. Mai 54 00, netto 169 Bancovaler Dr., 168 Gld., pr. Mai-Juni 164 Dr., 163 Gld. Roggen loco fest, russischer zu höchst bezahlten letzten Preisen gehandelt, auf Termine beauptet, pr. Mai 50 00 Pfd. Brutto 115 Dr. und 60, pr. Mai-Juni 112 Dr., 111 Gld. Hafer rubig. Del pr. Mai 23 1/2, pr. Oct. 2 1/2. Kaffee sehr fest. Zint lebhaft, 7500 Gr. à 13 Mt. 13 Sh. bis 13 Mt. 15 Sh. bezahlt. — Wetter kühl.

Liverpool, 16. Mai. Mittags. Baumwolle: 15,000 Ballen Umsatz oder mehr. Unter Markt. Middling Amerikanische 11 1/2, middling Orleans 11 1/2, fair Dhollar 9 1/2, good middling fair Dhollar 9 1/2, middling Dhollar 8 1/2, Bengal 7 1/2, good fair Bengal 8 1/2, Comra 9 1/2, New good fair Comra —, Pernam 12 1/2, Egyptian —.

Paris, 16. Mai, Nachmittags 3 1/2 Uhr. Rübbi pr. Mai 50, 50, pr. Juli-August 91, 50, pr. September-Dezember 91, 50. Mähl pr. Mai 72, 75, pr. Juli-August 73, 75. Spiritus pr. Mai 61, 00.

Antwerpen, 16. Mai. Petroleum, raff. Type, weiß, flau, 42 1/2 Frcs. per 100 Ko.

Berlin, 16. Mai. Nachdem am Vortage das Geschäft im Privatverkehr bei günstiger Stimmung und höheren Coursen recht animirt verlaufen war, eröffnete heute die Börse matt und mit beschränkter Geschäftslust. Erst gegen Ende der ersten Stunde trat größere Regelmäßigkeit ein und mit ihr auch eine festere Tendenz. Die im gestrigen Privatgeschäft erreichte Coursabwärts, die oft 2-3 % überhieh, wurde im Wesentlichen, wenn auch nicht für alle Effecten beauptet, Nordbahn, die zur Medio-Abmilderung in effectiven Sichten vermisht wurde, hat den gestrigen, allerdings nicht so bedeutend vorgehenden, Cours sogar noch überbieten. Obersteleische haben sich auf der gestrigen Höhe beauptet, nicht vollständig Rheinische und Köln-Minener, für welche Käufer, namentlich in der ersten Stunde, die gestrigen Cours nicht anlegen mochten. Unter Begehr in Folge der 19% besseren April-Einnahme war für Potsdamer mit erheblich höherem Course. Auch Rhein-Nahe und Altona-Kieler waren in der zweiten Stunde vielfach gefragt. Guben-Posen in verschiedenen Schätz-

ten zu 80 für Stammactien und 95 für Stamm-Prior. gehandelt. Von Prior. Oblig. gingen Schleswiger, Mastrichter u. 4 1/2 % Cöslr. Deeb. Stamm-Prior. in größeren Summen um. Ebenso waren preussische Fonds in gutem Verkehr, meist mit höheren Coursen 4 1/2 %ige Anleihe selbst 2 % höher. Deutscher Speculationsmarkt war erheblich stiller als die einheimischen Effecten. Allenfalls war in österreichischen Bahnen erdwärthwertherer Umsatz, besonders in Lombarden, in Franzosen mit mehr als 2 Zhr. höherem Course und in Credit, 3% als Dienstag. Auch Loose erhielten sich einen Coursaufschwung von etwa 2%. Im Ganzen war aber das Geschäft nur mäßig. So auch in Italienern, die 1% niedriger eintraten, sich dann aber fest beaupteten. Ruffische Fonds fest und nicht unbelebt, Amerikaner bei rubigem Geschäft beauptet. — Rumänische Anleihe 64 Post. bez. Recht belebt waren einzelne Randweisen, am meisten Genfer; auch sonst 1-2% bessere Colnotenungen. — Brämie für Amerikaner pro ult. 78 1/2 %, ult. Juni 79 1/2 %, 1%. Wechsel nicht sehr animirt, aber fest. Contanten gefragt, Napoleons 1 Sgr. höher. Aus dem Privatverkehr am Mittwoch haben wir zu notiren: Köln-Minener 143, Rheinische 118 1/2, 118, Oberstele. 190 — 1/2, Lomb. 107-106 1/2, Nordbahn 90 1/2-91, Franzosen 112 1/2-113 1/2, Credit 78 1/2-74, Loose 70 1/2-71, Amerikaner 78 1/2, Ital. 51 1/2-50 1/2-51, kurz Wien 79 1/2 — 1/2.

Berliner Börse vom 16. Mai 1867.

Fonds- und Gold-Course.		Eisenbahn-Stamm-Aktion	
Freiw. Staats-Anl. 1850	52 1/2	dividende pro 1865, 1866	
Staats-Anl. von 1859	104 1/2	Aachen-Mastrich	7 1/2
ditto 1860	92 1/2	Amsterd.-Rottd.	4 1/2
ditto 1864	98 1/2	Berg.-Märkische	8 1/2
ditto 1865	98 1/2	Berg.-Märkische	13
ditto 1866	98 1/2	Berlin-Anhalt	4 1/2
ditto 1867	98 1/2	Berlin-Görlitz	4 1/2
ditto 1868	98 1/2	Berlin-Hamburg	9 1/2
ditto 1869	98 1/2	Berlin-Potsd.-Mgd.	16
ditto 1870	98 1/2	Berlin-Stettin	8 1/2
Staats-Schuldscheine	121 1/2	Böhm.-Westb.	6 1/2
Präm.-Anl. von 1855	121 1/2	Breslau-Freib.	9 1/2
Berliner Stadt-Oblig.	97 1/2	Coln-Minden	17 1/2
Kur.-u. Neumark.	8 1/2	Cösel-Oderberg	2 1/2
Pommersche	7 1/2	ditto St.-Prior.	2 1/2
Posensche	4 1/2	ditto dito	4 1/2
ditto neue	4 1/2	Galiz.-Ludwigsb.	5 1/2
Schlesische	3 1/2	Ludwigsb.-Bach.	10 1/2
Kur.-u. Neumark.	4 1/2	Magd.-Halberst.	13
Pommersche	4 1/2	Magd.-Leipz.	20
Posensche	4 1/2	Mainz-Ludwigsb.	8
Preussische	4 1/2	Mecklenburg.	3
Westph.-u. Rheinl.	4 1/2	Neisse-Brieg.	5 1/2
Schlesische	4 1/2	Niedersch. Märk.	4 1/2
Schlesische	4 1/2	Niedersch. Zwegb.	3 1/2
Louisd'or 11 1/2	1/2	Nordb. Fr.-Wilh.	4 1/2
Goldkr. 9, 9 1/2	1/2	Oberschl. A. ....	12 1/2
Ausländische Fonds.		ditto B. ....	12 1/2
Oesterr. Metalliques	5 1/2	ditto C. ....	12 1/2
Nat.-Anl. 5	56 1/2	Oesterr. St.-B.	5
Lot.-A. 60	7 1/2	Oesterr. süd-St.-B.	7 1/2
ditto 64	4 1/2	Oppeln-Tarnow.	3 1/2
54er Pr.-A.	63 1/2	Rheinische	7 1/2
Eisenb.-L.	6 1/2	ditto Stamm-P.	7
Ital. neue 5proc. Anl.	5 1/2	Rhein-Nahebahn	4 1/2
Russ. Engl. Anl. 1862	8 1/2	Stargard-Posen.	4 1/2
ditto Holl. Anl. 1865	8 1/2	Thüringer	4 1/2
ditto Poln. Sch.-Obl.	6 1/2	Warschau-Wien	8 1/2
Poln. Pfandbr.-III. Kl.	5 1/2		
Poln. Obl. à 500 Fl.	9 1/2		
ditto à 300 Fl.	8 1/2		
Kuinees 40 Thlr. Obl.	56 1/2		
Baden. 35 Fl. Loose	3 1/2		
Amerikan. St.-Anl.	78 1/2		

Eisenbahn-Prioritäts-Aktion.		Bank- und Industrie-Papier.	
Berg.-Märkische	11 1/2	Berl. Kassee-V.	6 1/2
ditto II.	11 1/2	Braunschw. B.	12
ditto III.	11 1/2	Bremer Bank.	6 1/2
ditto IV.	11 1/2	Danziger Bank.	7 1/2
ditto V.	11 1/2	Darmst. Zettelb.	7 1/2
Coln-Minden	11 1/2	Genar Bank	7 1/2
ditto II.	11 1/2	Gothaer	7 1/2
ditto III.	11 1/2	Hannoversche B.	6 1/2
ditto IV.	11 1/2	Hamb. Nordb. R.	8 1/2
ditto V.	11 1/2	Meiningen	7 1/2
Coln-Minden	11 1/2	Königsberger B.	8 1/2
ditto II.	11 1/2	Luxemburger B.	8 1/2
ditto III.	11 1/2	Magdeburger B.	8 1/2
ditto IV.	11 1/2	Posener Bank.	6 1/2
ditto V.	11 1/2	Preuss. Bank-A.	10 1/2
Coln-Minden	11 1/2	Thüringer Bank	4 1/2
ditto II.	11 1/2	Weimar	6 1/2
ditto III.	11 1/2		
ditto IV.	11 1/2		
ditto V.	11 1/2		
Coln-Minden	11 1/2		
ditto II.	11 1/2		
ditto III.	11 1/2		
ditto IV.	11 1/2		
ditto V.	11 1/2		
Coln-Minden	11 1/2		
ditto II.	11 1/2		
ditto III.	11 1/2		
ditto IV.	11 1/2		
ditto V.	11 1/2		
Coln-Minden	11 1/2		
ditto II.	11 1/2		
ditto III.	11 1/2		
ditto IV.	11 1/2		
ditto V.	11 1/2		
Coln-Minden	11 1/2		
ditto II.	11 1/2		
ditto III.	11 1/2		
ditto IV.	11 1/2		
ditto V.	11 1/2		
Coln-Minden	11 1/2		
ditto II.	11 1/2		
ditto III.	11 1/2		
ditto IV.	11 1/2		
ditto V.	11 1/2		
Coln-Minden	11 1/2		
ditto II.	11 1/2		
ditto III.	11 1/2		
ditto IV.	11 1/2		
ditto V.	11 1/2		
Coln-Minden	11 1/2		
ditto II.	11 1/2		
ditto III.	11 1/2		
ditto IV.	11 1/2		
ditto V.	11 1/2		
Coln-Minden	11 1/2		
ditto II.	11 1/2		
ditto III.	11 1/2		
ditto IV.	11 1/2		
ditto V.	11 1/2		
Coln-Minden	11 1/2		
ditto II.	11 1/2		
ditto III.	11 1/2		
ditto IV.	11 1/2		
ditto V.	11 1/2		
Coln-Minden	11 1/2		
ditto II.	11 1/2		
ditto III.	11 1/2		
ditto IV.	11 1/2		
ditto V.	11 1/2		
Coln-Minden	11 1/2		
ditto II.	11 1/2		
ditto III.	11 1/2		
ditto IV.	11 1/2		
ditto V.	11 1/2		
Coln-Minden	11 1/2		
ditto II.	11 1/2		
ditto III.	11 1/2		
ditto IV.	11 1/2		
ditto V.	11 1/2		
Coln-Minden	11 1/2		
ditto II.	11 1/2		
ditto III.	11 1/2		
ditto IV.	11 1/2		
ditto V.	11 1/2		
Coln-Minden	11 1/2		
ditto II.	11 1/2		
ditto III.	11 1/2		
ditto IV.	11 1/2		
ditto V.	11 1/2		
Coln-Minden	11 1/2		
ditto II.	11 1/2		
ditto III.	11 1/2		
ditto IV.	11 1/2		
ditto V.	11 1/2		
Coln-Minden	11 1/2		
ditto II.	11 1/2		
ditto III.	11 1/2		
ditto IV.	11 1/2		
ditto V.	11 1/2		
Coln-Minden	11 1/2		
ditto II.	11 1/2		
ditto III.	11 1/2		
ditto IV.	11 1/2		
ditto V.	11 1/2		
Coln-Minden	11 1/2		
ditto II.	11 1/2		
ditto III.	11 1/2		
ditto IV.	11 1/2		
ditto V.	11 1/2		
Coln-Minden	11 1/2		
ditto II.	11 1/2		
ditto III.	11 1/2		
ditto IV.	11 1/2		
ditto V.	11 1/2		